

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
im Namen der GEMEINNÜTZIGEN darf ich Sie heute sehr herzlich zu unserem **226.** Stiftungsfest begrüßen. Wir freuen uns besonders, dass meine Kollegen vom Vorstand der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung unserer Einladung gefolgt sind – lieber Herr Schumacher, lieber Herr Pötschke, Ihnen und Ihren Ehefrauen ein herzliches Willkommen.

Besonders begrüßen möchte ich heute Abend auch unseren Ehrengast, den Wirtschafts- und Sozialsenator der Hansestadt Lübeck, Herrn Sven Schindler. Herr Schindler ist ja bekanntlich vor kurzer Zeit wiedergewählt worden – Herr Schindler, ich freue mich besonders, dass Sie heute Abend unser Gast sind. Ich darf an dieser Stelle sogleich Ihnen das Wort erteilen, da Sie sich freundlicherweise bereit erklärt haben, das Grußwort der Hansestadt Lübeck zu überbringen. Herr Schindler, Sie haben das Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir leben in äußerst bewegten Zeiten, in denen es an brisanten Themen für eine Tischrede sicherlich nicht mangelt. Unter den vielen in Betracht kommenden Themen habe ich mir heute eines ausgesucht, das mich in den letzten Wochen und Monaten sehr stark umgetrieben hat – das Thema:

Solidarität.

Dieser Begriff ist in den vergangenen Wochen und Monaten vermutlich so häufig gefallen wie lange Zeit zuvor nicht. Hierfür gibt es Gründe, die ich im weiteren Vortrag beleuchten werde.

Aber was bedeutet eigentlich Solidarität? Wie wird dieses Wort verstanden, und in welchen Zusammenhängen wird es eigentlich verwendet?

Von seinem Wortstamm her ist der Begriff „Solidarität“ abgeleitet vom lateinischen Wort „solidus“, was frei übersetzt so viel heißt wie „**fest**“ oder „**echt**“. Der aus diesem lateinischen Grundbegriff abgeleitete deutsche Begriff der Solidarität ist hingegen bei weitem nicht so leicht definierbar. Laut der guten alten Brockhaus-Enzyklopädie ist „Solidarität“ ein Schlüsselbegriff. Dieser Schlüsselbegriff erfährt laut Brockhaus verschiedenste Deutungen und Sinnzusammenhänge. Die wesentlichen möchte ich Ihnen hier kurz vorstellen, um die gesamte Bandbreite ansatzweise begreifbar zu machen:

Vor dem 18. Jahrhundert trat der Begriff laut Brockhaus nur im juristischen Sinne einer „Schuld- oder Verpflichtungsgemeinschaft“ auf; hierfür wurde der Begriff der „Solidarobligation“ verwendet, was so viel heißt wie Haftung jedes Einzelnen für eine Gesamtschuld, die bei Zahlung durch einen auch für die anderen erlischt.

Demgegenüber erfuhr der Begriff der Solidarität im Zuge der Industrialisierung eine deutliche Ausweitung seiner Bedeutung: Andreas Wildt sprach von seiner Vorstellung von einer „politisch-sozialen Brüderlichkeit“. Unter diesem Verständnis dient der Begriff der Solidarität bis heute als – politisch durchaus umstrittene und von verschiedenen Strömungen beanspruchte – Grundkategorie, die sowohl geeignet ist, **Zielvorstellungen** politischen und gesellschaftlichen Handelns unter den Bedingungen einer industriell geprägten Moderne zu beschreiben als auch die Kräfte zu benennen bzw. hervorzurufen, die an der Herstellung gesellschaftlich wünschenswerter Verhältnisse mitwirken sollen. Letztlich kann man feststellen: Im eng verstandenen Sinne ist der Begriff mehr oder weniger untrennbar verbunden mit der Entstehung der Industriegesellschaft, mit Erfahrungen der Verelendung, der Ausbeutung und des Unrechts. Die Brockhaus-Enzyklopädie versteht daher unter diesem Begriff die Bereitschaft, in einen gemeinschaftlichen Kampf gegen Unrecht, Unterdrückung

und Ausbeutung einzutreten oder ihn aus der Perspektive derer zu unterstützen, die diesen Bedrückungen unterliegen.

Umgangssprachlich wird „Solidarität“ vor allem für die emotionale Bereitschaft eines gemeinschaftlichen Einsatzes für eine als wertvoll erachtete Sache verwendet. Hieraus haben dann bestimmte Autoren der Soziologie (Karl Otto Hondrich oder Claudia Koch-Arzberger) eine Bezeichnung für eine soziale Bindung oder das Zusammengehörigkeitsgefühl einer bestimmten Gruppe gemacht.

Im Laufe der Zeit ist festzustellen, dass sich eine Wandlung der Begrifflichkeit hin zu einem **Wertbegriff** vollzieht: Solidarität bezeichnet danach die Kraft, mit der sich der Einzelne zugunsten Anderer gegen eine als unrecht empfundene asymmetrische Struktur in der Gesellschaft wehren kann – und mehr noch: Gleichsam kann damit die Seite der Schwachen als die Seite der „Menschlichkeit“ insgesamt gegenüber den Sonderinteressen der jeweils Mächtigen vertreten und umgesetzt werden. Diese Wertbegrifflichkeit ist dann sogar soziologisch-gesellschaftlich noch weiter entwickelt worden, u.a. von Brunkhorst, der zu dem Thema „Solidarität unter Fremden“ folgendes publiziert hat: Eine solche Solidarität bezieht – gerade aus der Perspektive sozialer Distanz – die Mitglieder der jeweiligen eigenen Gesellschaft mit ein in eine gemeinsame Gesellschaftsordnung, darüber hinaus aber auch diejenigen, die zwar nicht zur eigenen Gesellschaft gehören, gleichwohl aber im Sinne globaler Zusammenhänge deren Auswirkungen unterworfen sind. Auf diese universale Gemeinschaft bezogen kann Solidarität dann als Leitvorstellung bestimmt werden, wobei Brunkhorst sogar glaubt, in dieser übertragbaren Form der Solidarität eine Art von zivilisatorischem Fortschritt gefunden zu haben.

Die Liste der Deutungen dieses Begriffes ließe sich beliebig fortführen. Wichtig ist zunächst die Erkenntnis, dass aus der Solidarität im Laufe der Jahrhunderte ein **wertender** Begriff geworden ist. Da Wertungen meist höchst subjektiver Natur sind, ist es naheliegend, dass ein mittlerweile sehr breites Feld gemeint sein kann, wenn „Solidarität“ gesagt wird.

Dies lässt sich auch daraus ablesen, dass aktuell Solidarität in sehr kleinen, lokalen Zusammenhängen ebenso beschworen wird wie derzeit auf der großen europäischen Bühne. Wir denken nur an die Problematik der Aufteilung von Flüchtlingen auf die einzelnen EU-Staaten. Bekanntlich verweigern sich einige Staaten mehr oder weniger ganz, den europaweiten Druck, Flüchtlinge aufzunehmen, mit abbauen zu helfen. Auch hier wird schnell die Forderung laut nach „Solidarität“ der mittel- und osteuropäischen Staaten wie Polen, Ungarn oder Tschechien – in bemerkenswerter Umkehrung des vorhin definierten historischen Solidaritätsgedankens ausgerechnet von Deutschland, dem mit Abstand wirtschaftsstärksten und mächtigsten Land in der EU.

Um Missverständnissen an dieser Stelle vorzubeugen: Mir geht es heute nicht darum, die Richtigkeit oder die Fehler deutscher Flüchtlingspolitik à la Angela Merkels „**Wir schaffen das**“ zu kommentieren oder gar zu kritisieren. Aus Sicht des Solidaritätsbegriffes ist es jedoch schon bemerkenswert, dass hier ausgerechnet der stärkste unter vielen die Solidarität kleinerer Partnerländer einfordert, ohne dass es offenkundig zuvor einen Konsens – zumindest keinen ausdrücklichen – auch nur über eine grobe Richtung in der Flüchtlingspolitik gegeben hätte.

Oder nehmen wir den möglichen Austritt **Großbritanniens** aus der EU, den sogenannten „**Brexit**“: Großbritannien fordert mehr Freiheit, auch mehr finanzielle Freiheit – und Europa beschwört demgegenüber die Solidarität. Auch in diesem Verhältnis ist es wieder so, dass der kleinere Partner (Großbritannien) mehr Eigenständigkeit und mehr Freiheit einfordert,

während der große Partner – die EU – mehr dauerhafte Solidarität einfordert, auch und gerade von Großbritannien.

Besonders anhand der zuletzt genannten Beispielpaare – einerseits Deutschlands Rolle in der Flüchtlingsfrage gegenüber den kleinen „Abweichler-Staaten“ wie etwa Polen oder Ungarn, und auf der anderen Seite das „Paar“ Großbritannien versus EU in der Brexit-Frage – lässt sich an dieser Stelle einmal eine provokante These wagen:

Reden wir in diesen Zusammenhängen möglicherweise gar nicht von echter Solidarität im Sinne des Einsatzes für eine gemeinsame Sache, sondern vielmehr auch von einem Gutteil **Bevormundung** des kleineren durch den größeren Partner? Ist eigentlich gar nicht echte Solidarität angesprochen, wenn die EU sich darum bemüht, Großbritannien unter derzeit geltenden Kautelen innerhalb des europäischen Staatenbundes zu halten? Auch hier möchte ich nochmals kurz klarstellen: Es geht mir an dieser Stelle nicht darum, die zum Teil sehr abweichlerische politische Haltung Großbritanniens gegenüber der EU gut zu heißen, im Gegenteil: Ich sehe die Haltung Großbritanniens nicht nur in dieser Frage äußerst kritisch.

Demgegenüber muss die Frage erlaubt sein, ob nicht gerade in diesen Zusammenhängen die von den jeweils größeren Partnern eingeforderte Solidarität den eigentlichen Grundgedanken, den wir oben in mehreren Facetten bereits definiert haben, letztlich konterkariert? Müsste es nicht eigentlich gemäß den oben angesprochenen Definitionen ganz anders laufen?

Ich meine: Ja, es müsste wohl anders laufen, wenn es funktionieren soll. Wie genau, werde ich noch zu erläutern versuchen.

Es ist jedenfalls interessant festzustellen, dass in den von mir genannten Beispielen die Solidarität nicht von dem vermeintlich kleineren und schwächeren Partner eingefordert wird, sondern dass diese Forderung von dem Größeren erhoben wird. Ob dies schon der erste **Webfehler** ist in dem Bemühen der größeren Partner, ein vermeintlich gemeinsames Ziel auch gemeinsam erreichen zu können, wäre eine interessante und sicher noch separat klärungsbedürftige Frage.

Auf der anderen Seite ist auch denkbar, dass der Begriff der Solidarität durch solch aktuelle Ereignisse wie etwa die Flüchtlingswelle oder die Frage des möglichen Ausstiegs Großbritanniens aus der EU für ein **neues Verständnis** und eine **neue Definition** von „Solidarität“ sorgt. Möglicherweise kann man an dieser Stelle sogar noch ein wenig weiter gehen und sagen: Derartige Problemlagen, wie sie momentan vorherrschen, **erfordern** geradezu eine neue Definition und ein neues Verständnis von Solidarität. Persönlich meine ich, dass Vieles für diese These spricht.

Ob allerdings die derzeitigen **Mittel** die richtigen sind, derer sich die Protagonisten der „neuen Solidarität“ bedienen, daran habe ich so meine Zweifel. **Hegemoniale** und fast übermächtig wirkende Stellungen z.B. von Deutschland gegenüber anderen Mitgliedsstaaten in der Flüchtlingsfrage sind, gepaart mit latenten oder sogar teils unverhohlen ausgesprochenen Drohungen, z. B. finanzielle Transferleistungen zu kürzen oder in Frage zu stellen, ersichtlich nicht geeignet, eine Stimmung zu schaffen, in der sich echte Solidarität Bahn brechen kann. Denn es geht in diesem Zusammenhang auch um die Frage, ob sich die kleineren und noch nicht unbedingt demokratisch etablierten Staaten Mittel- und Osteuropas **fremdbestimmt** oder eher **selbstbestimmt** fühlen. Eines erscheint mir klar: Die Forderung nach Solidarität darf nicht zum Synonym für mehr oder weniger erzwungene Fremdbestimmung werden!

Kehren wir für einen Moment der großen europäischen Bühne den Rücken und steigen wir hinab auf die nationale Ebene. Auch deutschlandweit treibt sehr viele Menschen die Frage um, wie dem tatsächlichen und vor allem: gefühlten Auseinanderdriften der hiesigen Gesellschaft entgegengewirkt werden kann. Häufig genug wird dabei die sogenannte „Mittelschicht“ zitiert, die früher nachweislich größer gewesen ist als heute: In einer **ARD-Sendung** Anfang dieser Woche mit dem Titel: „Wie solidarisch ist Deutschland?“ wurde als Aufmacher eine Analyse dieser sogenannten **Mittelschicht** vorgestellt. Danach ist diese Mittelschicht in den vergangenen Jahren (von 1997 bis 2013) um 6 % oder um absolut vier Millionen Menschen geschrumpft. Es bedarf keiner großen Fantasie zu erraten, in welche Richtung dieser Schrumpfungsprozess stattgefunden hat – heraus fällt man leider nicht nach oben, sondern nach unten. Das, was heute Viele fühlen, wurde in dieser nach meinem Eindruck gut recherchierten Sendung mit entsprechenden Fakten nachvollziehbar belegt.

Ich bin Ihnen noch die Definition der sogenannten „Mittelschicht“ – oder anders genannt: **Bezieher** mittlerer Einkommen - schuldig: Als Zugehöriger der Mittelschicht gilt gemäß dem ARD-Fernsehbeitrag beispielsweise, wer als **vierköpfige** Familie (zwei Eltern mit zwei minderjährigen Kindern) als Haushaltseinkommen monatlich zwischen 2.300,-- und 6.000,-- € netto zur Verfügung hat.

Der ARD-Beitrag konstatiert wörtlich: „Auf den Schultern dieser Mittelschicht ruht das solidarische Miteinander.“ – Doch was ist mit den verbliebenen Mittelschichtlern? Geht es wenigstens diesen besser? Leider nein: Bei diesen stagnierten laut ARD die Reallöhne innerhalb der letzten zehn Jahre.

Interessant ist der Erklärungsversuch dieses Beitrages: Kurz gesagt wird eine Verbindung hergestellt zwischen einem immer weiter sinkenden Spitzensteuersatz einerseits und einem im Effekt **unsolidarischen staatlichen Handeln** bei der Gesamtbelastung der Mittelschicht mit Steuern und Abgaben andererseits. Seit den Fünfziger Jahren bis heute ist der Spitzensteuersatz von seinerzeit 95 % ab einem Jahreseinkommen von 250.000,-- DM auf mittlerweile 42 % für Einkommen ab 53.000,-- € gesunken. Gleichzeitig hätten sich seit 2007, also etwa seit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, die Entwicklungen von Arbeitseinkommen einerseits und Vermögen andererseits derart stark voneinander abgekoppelt, dass wir in Deutschland seither europaweiter **Spitzenreiter** bei dieser Kategorie der **Ungleichheit** sind. Der deutsche Staat verhalte sich seinem eigenen Rückgrat – der Mittelschicht – gegenüber letztlich unsolidarisch.

Zurück zu Europa:

Wir hatten eingangs u.a. die verschiedenen Erscheinungsformen der Solidarität beleuchtet. Hierzu gehört noch zusätzlich die systematische Unterscheidung in die **mechanische** Solidarität, die auf vorgegebenen **gemeinsamen Merkmalen** einer Gruppe beruht (z.B. Geschlechtszugehörigkeit) einerseits; davon unterschieden wird auf der anderen Seite die **organische** Solidarität, deren Basis das Aufeinander-**Angewiesensein** ist (z.B. auf Spezialisten in hocharbeitsteiligen Gesellschaften). Dies ist eine Unterscheidung, die man u.a. auf den Webseiten der Bundeszentrale für Politische Bildung findet unter Berufung auf „Das Politlexikon“ von Schubert/ Klein.

Wenn man sich vor dem Hintergrund dieser Solidaritäts-Definitionen etwa die Problematik des möglichen Ausstiegs Großbritanniens aus der EU ansieht, könnte man meinen, die fraglos existierenden Differenzen über finanzielle Fragen sowie Fragen der Überregulierung seien die einzig real-existierenden Umstände in dem Verhältnis zwischen Großbritannien und der EU. Großbritannien jedenfalls vermittelt den Eindruck, als gäbe es aus seiner Sicht weder die mechanische Solidarität – die ja auf vorgegebenen gemeinsamen Merkmalen einer

Gruppe beruht – noch die organische Solidarität, bei der das Angewiesensein aufeinander die Basis ist.

Demgegenüber denke ich anders: Nach wie vor **verbindet** die EU und seine übrigen Mitgliedsstaaten wie etwa Deutschland mit Großbritannien sowohl die mechanische als auch die organische Solidarität – man muss sie nur suchen und finden wollen. Im Bereich der mechanischen Solidaritätsmerkmale drängt sich nach wie vor die regionale Zugehörigkeit zum Kontinent Europa auf, vor allem aber die Zugehörigkeit zur Europäischen Wertegemeinschaft mit unveräußerlichen Menschenrechten wie etwa der Menschenwürde, der Gleichheit aller Menschen vor Recht und Gesetz respektive Gleichberechtigung von Mann und Frau oder etwa der staatlich verfassten Garantie des Privateigentums. Aber auch im Bereich der organischen Solidaritätsmerkmale lassen sich zwanglos gewichtige Aspekte finden wie etwa das wirtschaftliche Angewiesensein der EU-weiten Volkswirtschaften auf einander, zu denen natürlich auch Großbritannien gehört.

Somit lässt sich festhalten: Solidarisierende Merkmale gibt es vermutlich in fast jeder Beziehung, und zwar unabhängig von der jeweiligen Größe oder der Rechtsnatur der beteiligten Partner. Wenn es gelingt, diese hinreichend deutlich herauszuarbeiten und ggfs. argumentativ gegenüber dem stets sicher auch vorhandenen Trennenden **herauszuarbeiten**, dann kann das solidarische Band zu einer festen und tragbaren Brücke werden, über die die beteiligten Partner lange und sicher gemeinsam gehen können. In diesem Prozess müssen allerdings Hegemoniebestrebungen und Bevormundungen unterbleiben, um nicht übermäßige Abwehrhaltungen zu provozieren, die dann das Einende zudecken.

Und so sollten wir alle gemeinsam bemüht sein, den gesellschaftlichen und teilweise politischen Fliehkräften dadurch zu bewegen, dass wir zumindest die erreichbaren Menschen wieder in die Mitte zurückziehen oder ihnen zumindest den Weg hierhin aufzeigen.

Als ein Mensch mit vielen zutiefst liberalen Überzeugungen stand ich vor der Wahl, für meine Tischrede ein eher freiheitlich geprägtes Thema zu wählen oder eben das der Solidarität. Wie ich mich entschieden habe, haben Sie hören und **hoffentlich** auch **verstehen** können. Da meiner Auffassung nach die Solidarität in diesen Tagen deutlich stürmischere Zeiten erlebt als die Freiheit, habe ich mich für einen Vortrag zur Solidarität entschieden. Und so möchte ich meinen Vortrag beschließen mit einem leicht verfremdeten Zitat eines großen Lübeckers: In Verfremdung von Willy Brandts Worten meine ich:

Wir sollten mehr Solidarität wagen!

Dies ist jedenfalls ein Aufruf, der ganz und gar im wohlverstandenen im Sinne unserer **Gesellschaft** zur Beförderung **gemeinnütziger** Tätigkeiten steht.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!